

Organisationskonzept für eine "Neue Börse"

Einführung:

Die Wuppertaler CDU ist entschlossen, die entstandenen Probleme zwischen dem Verein Kommunikationszentrum "Die Börse" und der Stadt Wuppertal hinsichtlich der Zurverfügungstellung von Steuermitteln in der Öffentlichkeit zu verdeutlichen und im Sinne sowie zum Wohle aller Bürger dieser Stadt eine Lösung möglichst unter Beteiligung aller im Rat vertretenen Parteien anzustreben.

Bestandsaufnahme:

In den Räumen des Kommunikationszentrums Börse ist es in den letzten Jahren teilweise ständig oder wiederholt zu Vorkommnissen gekommen, wie Drogenverkauf und -konsum, einseitige parteipolitische Stellungnahmen des Vereins, Darstellungsmöglichkeit für Verfassungsfeinde, Aufruf zur Gewalt gegen Staat und Gesellschaft sowie Gewaltanwendung gegenüber Besuchern. Der Vorstand des Vereins Kommunikationszentrum e.V. (im nachfolgenden Börsenvorstand), dem nach der Satzung allein Verantwortlichen, stand derartigen Geschehnissen meistens hilflos, teilweise unterstützend (parteipolitisch einseitig!) in jedem Fall aber ohne jede auf Abänderung zielende Initiative gegenüber und somit ist er seinen Aufgaben und Pflichten nicht ausreichend nachgekommen. Der Satzungsinstitution "Beirat" kann in dem Zusammenhang als "beratendes Gremium" keinerlei Entscheidungs- bzw. Verantwortungsfunktion zugemessen werden.

Auch der Hinweis des Börsenvorstandes, die notwendigen Räumlichkeiten seien gem. einer funktionsgerechten Aufsichtsführung zu unübersichtlich, bestätigt im Grunde nur die Auffassung, von den mangelnden Führungsqualitäten des Vorstandes. Dieses nicht zuletzt deshalb, weil nach seinem Bekunden im wieder errichteten alten Börsengebäude eine noch schlechtere Aufsichtsführung auf die Börsenverantwortlichen zukomme und deshalb bald möglichst auf Kosten der Stadt Wuppertal dringend weitere hauptamtliche Stellen geschaffen werden müßten. Eine solche Auffassung wird

vom Börsenvorstand in dem Wissen vertreten, daß es schon jetzt 7 hauptamtliche Stellen in der Börse sowie 6 - 7 Ersatzdienstleistende gibt, die dem Vorstand zum Einsatz im Kommunikationszentrum zur Verfügung stehen. Die Ersatzdienstleistenden sind nach Aussage des Vorstandes neben ihren Tätigkeiten im pädagogischen Bereich hauptsächlich in der Bewirtschaftung der Börsenkneipe eingesetzt.

Hieraus ist zu schließen:

Der Börsenvorstand ist bisher nicht in der Lage gewesen, trotz einstimmiger Aufforderung im Sept. 1980 durch den Rat der Stadt, mit den o.g. Problemen nachhaltig fertig zu werden. Er zeigt ferner keinerlei organisatorisches und wirtschaftliches Verantwortungsgefühl, in dem er ohne Ergreifung von Alternativmaßnahmen, in dem sicheren Wissen im restaurierten Börsengebäude seinen Aufsichtspflichten noch weniger nachkommen zu können als im Hofkamp, die Dinge auf sich beruhen läßt. Anscheinend spekuliert der Vorstand ausschließlich auf die Schaffung weiterer Stellen und damit auf höhere Zuschüsse durch die Stadt.

Problemstellung:

Die Stadt als Partner des Vereins Kommunikationszentrum e.V. wird zukünftig erhebliche Summen von Steuergeldern diesem Verein nur noch dann zur Verfügung stellen, wenn in der Börse Drogenhandel und -konsum entscheidend bekämpft werden sowie garantiert ist, daß parteipolitische Neutralität geübt wird und jede Betätigung von Neo-Nazis und Kommunisten bzw. von diesen infiltrierte Gruppierungen - wie z.B. die kommunistisch infiltrierte DFG - und anderen Verfassungsfeinden unterbunden bleibt. Aus diesem Grund ist eine Neukonzeption erforderlich, welche zwar am Prinzip der Selbstverwaltung festhält, gleichzeitig aber dem Rat der Stadt Wuppertal als Vertreter aller Bürger ein entscheidendes Mitsprache- und Aufsichtsrecht zugesteht.

Es ist ferner für die Börse ein Gebäude zu finden, welches die Durchsetzung dieser Forderungen erleichtern hilft.

Problemlösungen:

Es ist ein Trägerverein zu gründen, der sich sowohl aus Vertretern der Stadt Wuppertal und dem Kommunikationszentrum e.V. Börse zusammensetzt. Dieser Verein hat dafür zu sorgen, daß die Einrichtung "Börse" auf der Grundlage des bereits vorhandenen Vertrages zwischen der Stadt Wuppertal und dem Kommunikationszentrum e.V. als selbstverwaltetes Kommunikationszentrum geführt wird. Dieser Trägerverein erläßt sowohl die Satzung als auch die Geschäftsordnung des selbstverwalteten Kommunikationszentrums. Satzung und Geschäftsordnung sind zustimmungspflichtig durch den Rat der Stadt.

Folgende Grundsätze sind bei Erarbeitung von Satzung und Geschäftsordnung zu beachten:

Die Börse ist gedacht als Kommunikationszentrum und Begegnungsstätte für alle Bürger, wobei eine ständige Begegnungsmöglichkeit für Senioren, Behinderte und dergl. gewährleistet werden sollte. Alle Veranstaltungen in der Börse sind für alle Bürger zugänglich.

Mitglieder des Trägervereins rekrutieren sich aus den Ratsparteien der Stadt Wuppertal und der Verwaltung sowie aus dem Verein Kommunikationszentrum e.V.

Gruppierungen sowie einzelne Personen, die sich nachweislich nicht auf dem Boden unserer Verfassung bewegen und solche, die in dieser Einrichtung ein Forum für ihre gesellschaftszerstörenden Aktionen sehen - hierzu zählen vorallem Neo-Nazis und Kommunisten bzw. von diesen infiltrierte Gruppierungen - dürfen kein Betätigungsfeld innerhalb des Kommunikationszentrums finden.

Als Aufsichtsgremium des Vorstandes ist ein Aufsichtsrat zu bilden, der aus Mitgliedern des Rates (50 %), Delegierten des Trägervereins und der in der Börse tätigen Bevölkerungsgruppen (Verfahren wie VHS) besteht. Dieser Aufsichtsrat erhält ein Vetorecht zu allen Entscheidungen des vom Trägerverein gewählten Vorstandes des neuen Kommunikationszentrums.

Der Kulturdezernent ist geborenes Mitglied und Vorsitzender im Aufsichtsrat. Bei Stimmgleichheit ist sein Votum entscheidend.

Programmrichtlinien und ggf. -planung gehören in die Kompetenz des Aufsichtsrates.

Die Redaktion einer zukünftigen Börsenzeitung muß im ständigen Verantwortungsbereich des Vorstandes oder des Aufsichtsrates liegen.

Zur Gebäudeunterbringung dieses neuen Kommunikationszentrums ist anzumerken:

Aus Aufsichts- und Frequentierungsgründen ist ein Gebäude in der Innenstadt einem anderen an der innerstädtischen Peripherie wie das Gebäude am Viehhof vorzuziehen. Aus diesem Grund soll das Gebäude am Hofkamp zunächst weiter benutzt werden, bis sich in der Innenstadt neue Möglichkeiten bieten. Das restaurierte Gebäude am Viehhof soll insbesondere in seiner Verwendung sozialen Betreuungszwecken zugeführt werden, wie z.B. Behindertenbetreuung, Gefangenenbetreuung, Rehabilitation für Suchtabhängige, Tagesklinik für psychisch Kranke und dergl.

Schlußbemerkungen:

Dieses Organisationskonzept wurde am 6.7.1981 von der CDU-Fraktion im Rat der Stadt verabschiedet und dient den Mitgliedern der "Börsen-Kommission" als Leitlinie bei allen weiteren Verhandlungen.

Es ist umgehend der Öffentlichkeit bekanntzumachen.